
Perry Anderson

Hegemonie

edition suhrkamp

SV

verfügen mußte. Natürlich war die Androhung von Gewalt omnipräsent – und der Frieden, mit Hobbes gesprochen, nichts anderes als die Abwesenheit von Krieg –, doch ließ sich Gewaltanwendung zwischen Staaten nicht auf dieselbe Weise institutionalisieren wie innerhalb der Jurisdiktion eines mit einem Repressionsapparat ausgestatteten Staates. Zudem war Freiwilligkeit in diesem System ein inhärent weit schwächeres Element als das Streben nach Vormacht oder Einfluß. Daher war eine Hegemonie als Kombination aus Zwang und Konsens auf internationaler Ebene stets sehr viel schwerer herbeizuführen als im Inneren, und selbst wenn es gelang, so allenfalls in loserer oder übertragener Form.

II

Als Triepel beklagte, daß seine Neudefinition des Hegemoniebegriffs außerhalb des Landes, in dem er geformt worden war, auf wenig Zustimmung stöße, lag er keineswegs falsch, ebensowenig wie mit der Annahme, daß die statt dessen im Umlauf befindlichen Alternativen eine bestimmte politische Schlagseite hätten. Vom Deutsch-Französischen Krieg 1870/ 71⁵⁶ bis zum Vertrag von Versailles und danach wurde der Begriff Hegemonie in einer Bedeutung verwendet, die Triepel ablehnte: als Vorherrschaft eines Staates über sämtliche anderen, unter Vernichtung jeglicher Machtbalance – das traditionelle Schreckgespenst der europäischen Diplomatie, erstmals formal erwähnt im Frieden von Utrecht. Von Anfang an stand Deutschland im Mittelpunkt dieser Hegemonieängste, deren Zeremonienmeister eben die Mächte waren, die später die Entente bilden sollten. Ironischerweise stellte die erste Studie, die sich mit der Möglichkeit einer preußischen Hegemonie in Europa befaßte, und die noch vor Ende des Kriegs 1871 in Rußland erschien, diese als etwas durch und durch Positives dar. Die Niederlage Frankreichs und der Sturz Napoleons III. wären aus Sicht des Autors nicht nur eine Genugtuung, als Strafe für deren Rolle im Krimkrieg, sondern zögen entgegen den Befürchtungen vieler seiner Landsleute eine vorteilhafte Verschiebung der geopolitischen Stellung Rußlands nach sich, das näher an das Zentrum Europas rücken werde, wenn sich dieses von Paris nach Berlin verlagere.⁵⁷ Diese optimistische Prognose überdauerte nicht lange. In Frankreich gab es natürlich kein Zögern: Das neue Deutschland galt von Anfang an als Bedrohung. Schon am Vorabend des Deutsch-Französischen Kriegs war in Paris die französische Übersetzung der Polemik eines ehemaligen sächsischen Offiziers erschienen, der vor einer preußischen Hegemonie warnte.⁵⁸ England brauchte länger für seine Reaktion, doch zu gegebener Zeit fand unser Schlüsselwort Eingang in eine einflußreiche außenpolitische Denkschrift. Das Kaiserreich, dessen Verhalten gegenüber Großbritannien seit 1890 »bei allem Respekt« dem eines berufsmäßigen Erpressers gleichgekommen sei, schein »insgeheim auf die Etablierung einer deutschen Hegemonie

zunächst über Europa und letztlich über die ganze Welt abzu zielen«. ⁵⁹ Die von Außenminister Grey für nützlich befundene Denkschrift, die auch die Warnung enthielt, Deutschland könne »das britische Empire aufzulösen und zu verdrängen« versuchen, war nicht für die Öffentlichkeit gedacht. Die englische Diplomatie bevorzugte eine euphemistischere Ausdrucksweise. In den letzten Stunden vor dem »Großen Krieg« war der britische Botschafter hilfreich zur Hand und korrigierte den Wortlaut des Telegramms, das Nikolaus II. am 2. August 1914 an George V. schickte, wodurch aus der Forderung, man müsse verhindern, daß Deutschland »eine Hegemonie über ganz Europa« etabliere, die Bitte wurde, Rußland und Frankreich bei der 52 »Bewahrung des europäischen Machtgleichgewichts« zu unterstützen. ⁶⁰

Als der Erste Weltkrieg begonnen hatte und sich die Entente auf dem Schlachtfeld vereinte, gab es für solche Rücksichten keine Notwendigkeit mehr. 1915 erschien eine zeittypische Rückschau in der *Revue des deux mondes*. Nach 1871 habe »Europa im engeren Sinne nicht mehr existiert. Eine Hegemonie entstand, die aufgrund der fatalen Gesetzmäßigkeiten jeder Hegemonie allmählich zum Instrument der Tyrannei und Knechtschaft wurde«, denn Deutschland habe nicht mehr nur »schlicht Vorherrschaft, sondern Herrschaft durch Anschluß und Eroberung« angestrebt. Nunmehr aber sehe sich das »allen Versuchungen des Dämons der Hegemonie« erlegene Reich seiner Nemesis gegenüber: »Geschaffen von der Logik der Ereignisse und den Wahlverwandtschaften zwischen Rassen und Nationen, hat es nie einen nobleren Kreuzzug als den gegeben, in dem sich die älteste der großen lateinischen Mächte, die große slawische Macht und das britische Empire mit seinem Verbündeten Japan gegen die Bedrohungen und Pläne deutscher Hegemonie stellen, um nicht nur ihre eigene Sache zu verteidigen, sondern die Freiheit Europas und der Welt, die Unabhängigkeit zweier ungerechtfertigt provozierter und attackierter Völker sowie die ruchlos verletzte Neutralität Belgiens, das sich geopfert hat, um das Recht und die Ehre zu schützen.« In tiefster Überzeugung ihrer »moralischen Überlegenheit« vereine die Alliierten das 53 »Gefühl, daß sie wahrhaft die Ideale der Menschheit repräsentieren, daß sie das Salz der Erde sind« und wieder Frieden und Freiheit nach Europa bringen würden. »*In hoc signo vinces!*«, schloß der Verfasser. ⁶¹ Nach dem Krieg erklangen gedämpftere Variationen des Themas. Croce beendete seine *Geschichte Europas im neunzehnten Jahrhundert* um das Jahr 1930 herum mit einer ausführlichen Erörterung, derzufolge Deutschlands ruchloses Hegemoniestreben Ursache des »Großen Kriegs« gewesen sei – als vehementer Befürworter des Kriegseintritts Italiens blieb ihm allerdings auch kaum etwas anderes übrig –, während er zugleich die Kriegsbegeisterung und den nihilistischen Aktivismus beklagte, von denen zu jener Zeit so viele in praktisch jedem europäischen Land erfüllt gewesen seien. ⁶²

54 Nach Versailles war von offizieller Seite nur noch selten von Hegemonie die Rede: Die Sieger hatten keinerlei Interesse daran, den Begriff auf sich selbst anzuwenden. Dennoch gebrauchten sie ihn gelegentlich – wenig überraschend im Sinne gutartiger

Führung – in Erklärungen hinsichtlich der Vernünftigkeit der Arrangements, die sie selbst im Völkerbund getroffen hatten. Lassa Oppenheim und Hersch Lauterpacht, zwei der wichtigsten Stützen liberaler Jurisprudenz, erklärten in ihrer maßgeblichen Abhandlung über das internationale Recht, daß »die Großmächte die Anführer der Familie der Nationen sind und jeder Fortschritt des Völkerrechts in der Vergangenheit das Ergebnis ihrer politischen Hegemonie gewesen« sei, die im Völkerbundsrat erstmals »rechtmäßig Grundlage und Ausdruck« gefunden habe.⁶³ Eine solche Form kollektiver, über partikulare Nationalinteressen erhabener Autorität war vage genug, um ungefährlich zu sein. Die anglo-amerikanischen Mächte leugneten jeglichen Sonderstatus ab. Ohne zu erröten, erklärte Cordell Hull, die Monroedoktrin weise »nicht die kleinste Spur einer Implikation, geschweige denn der Annahme einer Hegemonie der Vereinigten Staaten« auf, und Anthony Eden versicherte der Welt, die Atlantikcharta von 1941 schließe »jegliche Idee einer Hegemonie oder regionalen Führungsrolle im Osten wie im Westen« aus.⁶⁴ Nachdem er seinen Zweck, die Ambitionen des Deutschen Reichs einzudämmen, erfüllt hatte, konnte der Begriff ad acta gelegt werden.

III

Die im Völkerbund kodifizierte Ideologie der Entente sollte ein langes Nachleben haben, wie heutige Konzepte der »internationalen Gemeinschaft« belegen. Aber sie überstand diesen Zeitraum nicht ungeschoren. Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs erschien das Werk, das zum – wenn auch bei weitem nicht jedem willkommenen – Ausgangspunkt der neuen politikwissenschaftlichen Teildisziplin Internationale Beziehungen werden sollte. Sein Autor E. H. Carr, bereits als junger Mann Mitglied der britischen Delegation in Versailles, hatte in den zwanziger Jahren als Diplomat in Riga und bis Mitte der Dreißiger in der Völkerbund-Abteilung des Foreign Office gearbeitet. Ursprünglich aus der Tradition des Belle-Epoque-Liberalismus kommend, hatten ihn seine Erfahrungen gegen dessen Ideen immunisiert. In seiner Studie *The Twenty Years' Crisis* zertrümmerte er die Illusion eines natürlichen Interessenausgleichs in der internationalen Politik und entlarvte den Moralismus, dessen sich die herrschenden Mächte 1918 befleißigt hatten, als Selbstbetrug. Mit einer auf diesem Gebiet seither nie wieder erreichten intellektuellen Bandbreite, die die Ökonomie, das Recht, die Philosophie und die Politik mit gleicher Meisterschaft umfaßte und sich aus einer mit allen großen Sprachen Europas vertrauten Kultiviertheit speiste, eröffnete Carr eine alternative Sicht auf damals aktuelle und ewige Fragen zwischenstaatlicher Beziehungen.

Den Ausgangspunkt für deren Verständnis findet Carr in der Tradition des Realismus, die mit Machiavelli begonnen und über Hobbes, Spinoza, Hegel, Marx, Lenin und Russell bis zu Kjelléns Begriff der Geopolitik und der Typisierung der Klassen bei Lukács geführt

habe.⁶⁵ Diese Theoretiker hätten immer die Macht in den Mittelpunkt gestellt, die stets in allen ihren drei Aspekten erfaßt werden müsse: dem militärischen, dem ökonomischen und dem ideologischen. Mit Hilfe eines derart realistischen Blicks wolle er die internationalen Institutionen und Rhetoriken der Zeit nicht etwa abqualifizieren, sondern genau betrachten. Das internationale Recht sei Brauchtum, nicht Gesetz. Das Spiel politischer Kräfte gehe allem Recht voraus, das zu achten nur möglich sei, wenn eine politische Maschinerie existiere, mit der man es ändern könne; so seien etwa Verträge tatsächlich immer nur *rebus sic stantibus* gültig – ein Paradebeispiel dafür sei die Tartüfferie der britischen Empörung über die Verletzung der Neutralität Belgiens durch die Deutschen, die anders bewertet worden wäre, hätte nicht ein Feind, sondern ein Verbündeter sie begangen.⁶⁶ Moral in zwischenstaatlichen Beziehungen sei nicht ganz und gar illusorisch, in ihrer anglo-amerikanischen Fassung jedoch meist kaum mehr als eine bequeme Weise, Kritiker des Status quo ruhigzustellen. Eine internationale Gemeinschaft gebe es zwar wirklich, weil Menschen an sie glaubten, doch ermangele sie aufgrund ihrer strukturellen Ungleichheit zwangsläufig jeglicher genuinen Einigkeit oder Kohärenz. Eine realistische Sicht gebiete es, derartige Requisiten der in Versailles eingerichteten Ordnung nicht zu idealisieren. Sie stellten keine Lösung für die zentrale Frage der internationalen Politik dar, nämlich die, wie sich Änderungen der Ordnung diesseits kriegerischer Auseinandersetzungen herbeiführen ließen.

Das hieß aber auch nicht, daß der Realismus eine hinreichende Antwort darauf bereithielt. Dieser Sichtweise fehle nicht nur der Appell ans Emotionale, sondern mehr noch das Gespür für die der menschlichen Natur inhärente utopische Leidenschaft für Gerechtigkeit, die jede Versöhnung mit der Vorstellung, Macht sei identisch mit Recht, unmöglich mache. Auf lange Sicht würden sich Menschen stets gegen eine unverhüllte Macht auflehnen. Die Ungleichheit zwischen Staaten könne nicht über Nacht beseitigt werden. »Jede moralische internationale Ordnung muß auf einer Machthegeemonie beruhen«, selbst wenn »diese Hegemonie wie die Vormachtstellung einer herrschenden Klasse innerhalb eines Staats ein Problem für jene darstellt, die nicht an ihr teilhaben« und daher – wie dort auch – Konzessionen an sie machen müßten.⁶⁷ Daher müsse eine solche Vorherrschaft »allgemein als nicht repressiv und tolerant oder zumindest als jeder praktikablen Alternative vorzuziehen empfunden« werden. In dieser Hinsicht könne »weniger eine deutsche oder japanische, wohl aber eine britische oder amerikanische Hegemonie über die Welt« für sich in Anspruch nehmen, mehr mit Konsens und weniger mit Zwang zu herrschen, obgleich »jegliche moralische Überlegenheit, auf die dies hinweisen könnte, auf den langen und unangefochtenen Besitz überlegener Macht zurückzuführen« sei. Denn »die Macht ist zu vielem bereit, um die ihr genehme Moral herzustellen, und Zwangsausübung kann viel Zustimmung erzeugen«.⁶⁸ Wenn auch eine amerikanische Vorherrschaft in Europa wahrscheinlicher sei als eine von manchen ersehnte gemeinsame britisch-amerikanische, so lasse doch Washington ebensowenig

wie London die geringste Bereitschaft erkennen, auf Privilegien der Macht und des Wohlstands zu verzichten, die auf internationaler Ebene ebenso notwendig seien wie auf nationaler, aufgrund des fehlenden Gemeinschaftsgefühls allerdings weit schwieriger zu erreichen.